



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN CDU, CSU UND SPD STEHT

Nach zähem Ringen haben sich CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag für die gemeinsame Regierung geeinigt. Jetzt haben die SPD-Basis und die Unionsgremien das Wort. Stimmen sie alle zu, können voraussichtlich am 17.12.2013 die Bundeskanzlerin und das Bundeskabinett vereidigt werden.

Der Koalitionsvertrag trägt die Überschrift „Deutschlands Zukunft gestalten“. Große Reformvorhaben sucht man im Bereich Steuern vergeblich. Lediglich in den Bereichen Investmentsteuerrecht und Grundsteuer werden Reformen in Aussicht gestellt. Die Schwerpunkte der vereinbarten steuerlichen Maßnahmen liegen bei der Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens und der Bekämpfung internationaler Steuerumgehungsstrukturen. Die Vorstellungen der SPD, mit denen sie in die Koalitionsverhandlungen gegangen ist (wir berichteten in BID Steuerpolitik 2013.47), finden sich nur vereinzelt im Koalitionsvertrag wieder.

Im Folgenden werden die in den verschiedenen politischen Feldern aufgenommenen Verlautbarungen zum Thema Steuern überblicksartig dargestellt:

#### Maßnahmen im Bereich Steuern

##### Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens

- Die vorausgefüllte Steuererklärung soll für alle Steuerpflichtigen bis zum Veranlagungszeitraum 2017 eingeführt werden. Für Rentner/Pensionäre soll es dies bereits ab dem Veranlagungszeitraum 2015 geben.
- Die elektronische Kommunikation mit dem Finanzamt soll ausgebaut werden.
- Es soll weitgehend auf eine verpflichtende Übersendung der Papierbelege mit der Steuererklärung verzichtet werden.
- Risikoorientierte Parameter sollen bei der Bearbeitung von Steuererklärungen zugrunde gelegt werden.
- Faktorverfahren für Ehegatten: Die Festlegung des Faktors soll für mehrere Jahre gelten. Änderungen soll es nur geben, wenn sich die Einkünfte oder die Einkünfteverteilung in nicht nur geringem Ausmaß ändern. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

## EDITORIAL

Lieber Leser,

die letzte Klappe ist gefallen, der Koalitionsvertrag ist unterschrieben. Die Unterschriften der Parteivorsitzenden sind nur vorläufig, da noch die SPD-Basis dem Vertrag zustimmen muss. Die Verhandlungen im Bereich Steuern standen unter der Überschrift „Schlimmeres verhindern“. Die Vorstellungen der SPD zur Steuerveranschärfung, mit denen sie in die Verhandlungen gegangen ist, fanden am Ende nur teilweise den Weg in den Koalitionsvertrag. Sie bleiben aber als Wunschvorstellungen eines Koalitionspartners weiter im Raum. Bei diesen Vorzeichen sind in der Steuerpolitik der 18. Legislaturperiode keine großen Würfe zu erwarten.

Ganz im Sinne der Koalitionäre sind die Aktivitäten der OECD zum internationalen Informationsaustausch. Durch einen verstärkten Austausch soll Steuerhinterziehung effektiv bekämpft werden. Als Missbrauchsbekämpfung wurden die Änderungen des ErbStG im Rahmen des AmtshilfeRLUmG bezeichnet. Als Übeltäter wurde die Cash-GmbH ausgemacht, mit den gesetzlichen Änderungen wurden jedoch wieder viele redliche Unternehmensübertragungen getroffen. Die Finanzverwaltung nimmt zu den gesetzlichen Änderungen Stellung. Zwei Nichtanwendungserlasse bei der Grunderwerbsteuer und die Sachbezugswerte für Mahlzeiten sind weitere Verlautbarungen der Finanzverwaltung.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 11

### → OUTGOING ..... 12

vom 22.11. bis 29.11.2013

2./3. Lesung des Bundestages zum Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze am das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz – AIFM-StAnpG)

### → BFH-ENTSCHEIDUNGEN 13 – 14

vom 27.11.2013

### → BMF-SCHREIBEN ..... 15

vom 21.11. bis 27.11.2013

### → STATUS ..... 16 – 18

zum 29.11.2013

Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz - AIFM-StAnpG)

Entscheidung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland

Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigungen

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 19

vom 30.11. bis 06.12.2013

**Bundestag:** keine Sitzung, nächste Sitzungswoche vsl. 16.12. – 20.12.2013

**Bundesrat:** 900. Sitzung u. a. zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/96/EU über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten

**Stakeholder:** keine steuerpolitisch relevanten Termine

## INTERNATIONALE BEMÜHUNGEN UM EINEN VERSTÄRKTEN INFORMATIONSAUSTAUSCH ERHIELTEN NEUEN AUFSCHWUNG

Vergangene Woche fand vom 21.11. bis 22.11.2013 das sechste Treffen des Globalen Forums der OECD über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke statt. Im Fokus des Forums, dem derzeit 120 Länder angehören, steht der Wandel von einer bilateralen zur multilateralen Kooperation in Steuerfragen, sowie von einem Informationsaustausch auf Anfrage zum automatischen Informationsaustausch. Im Zuge der Konferenz hat die internationale Gemeinschaft folgende Schritte vorgestellt, die sie bisher unternommen hat, um die internationale Kooperation gegen Steuerhinterziehung zu stärken:

1. Veröffentlichung neuer Bewertungen hinsichtlich der praktischen Umsetzung des Informationsaustausches als OECD-Standard (Phase 2). (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

---

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

### ZUR CASH-GMBH – ANWENDUNG DER §§ 13A UND 13B ERBSTG IN DER FASSUNG DURCH DAS AMTSHILFERLUMSG

### LOHNSTEUERLICHE BEHANDLUNG VON UNENTGELTLICHEN ODER VERBILLIGTEN MAHLZEITEN DER ARBEITNEHMER AB KALENDERJAHR 2014

### NICHTANWENDUNGSERLASSE ZUM GRUNDERWERBSTEUERRECHT: ANZEIGE BEI RÜCKERWERB, MITTELBARE ÄNDERUNG EINER GRUNDSTÜCKSBESITZENDEN PERSONENGESELLSCHAFT

---

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 7](#)

---

#### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

→ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



### PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
- .....

Unternehmen/Institution \_\_\_\_\_

Ansprechpartner \_\_\_\_\_

Funktion \_\_\_\_\_

Telefonnummer \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) \_\_\_\_\_

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

### REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Moritz Hunger, [mh@bid.ag](mailto:mh@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

### IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphäre.eu](mailto:berlin@polisphäre.eu)  
[www.polisphäre.eu](http://www.polisphäre.eu)